

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Krenkel, Druck: A. Brügel, Auer-Druckerei, Auer, Erzgebirge, Postfach 100, Auer, Erzgebirge.

Abzugspreis: Durch unsere Post frei ins Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Abnahme von 6 Monaten 24.00 Mark, bei der Abnahme von 12 Monaten 44.00 Mark. Erhöht sich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsbesteller und Abnehmer, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die Nebenzeiten des Tages oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Gebiet Schwarzenberg 20 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf., Nationalzeitung 3.— Mark. Bei größeren Aufträgen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis 12 Uhr vorm. Für jeden im Gebot kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht zeitlich laubbar ist.

Nr. 51.

Mittwoch, den 2. März 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Falls Deutschland die Forderungen der Alliierten zurückweist, sollen nach Reuters folgende Sanktionen auferlegt werden: Erhebung einer 50-prozentigen Abgabe auf deutsche nach den alliierten Ländern eingeführte Waren, Errichtung einer Zollschranke, die das linke Rheinufer wirtschaftlich vom übrigen Deutschland trennt, Befegung der deutschen Kohlenhäfen auf dem rechten Rheinufer und schließlich als letztes Mittel Beschlagnahme der deutschen Bille.

Auch von französischer Seite wird jetzt zugegeben, daß die Verwendung der U-Bootwaffe durchaus mit den Drängen des internationalen Kriegesrechtes zu vereinbaren sei.

Der König von Montenegro ist einer drahtlichen Melbung aus Antibes zufolge gestorben.

Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch und Butter?

W. W. Die völlige Unzulänglichkeit der Zwangswirtschaft zeigt sich jetzt auch bei der Milch und der Butter immer mehr. Diese beiden Produkte sind zwar bestehenden Verordnungen zufolge noch rationiert, aber die behördliche Bewirtschaftung vermag die für die Versorgung der Bevölkerung notwendigen Mengen auch nicht annähernd mehr zu liefern. Insbesondere gilt das bei der Butter, wo bereits in den letzten Kriegsjahren dem städtischen Verbrauch weit größere Mengen durch den Schleichhandel als durch die behördliche Bewirtschaftung zugeführt wurden. In verschiedenen Städten mußte die behördliche Versorgung mit Butter infolge Mangels genügender Mengen überhaupt eingestellt werden. Wenn trotz dieser Verhältnisse im Spätsommer vorigen Jahres die Zwangswirtschaft für Milch nicht zusammen mit der für die übrigen Fette (Margarine und Schmalz) aufgehoben worden ist, so liegt das daran, daß man in maßgebenden Kreisen durch die Aufhebung der Butterbewirtschaftung eine äußerst bedrohliche Gefährdung der Milchversorgung der Städte befürchtete. Ist nämlich der freie Butterhandel eingeführt, so würde, wenn nicht gleichzeitig auch der Milchpreis bedeutend erhöht wird, die Verbutterung der Milch für den Produzenten um ein Vielfaches vorteilhafter sein als der Verkauf von Frischmilch. Milch und Butter sind derzeit voneinander abhängig, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft eines der beiden Produkte auch die des anderen im Besolge haben muß. In den letzten Monaten hat nun auch die Milchversorgung der Städte eine immer weitergehende Verschlechterung erfahren; so stehen beispielsweise der Stadt Berlin jetzt knapp ein Fünftel Million Liter täglich zur Verfügung, während vor dem Kriege fast ein und ein Sechstel Million Liter täglich geliefert wurden. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf den ungenügenden Milchpreis zurückzuführen; beträgt doch gegenwärtig im Großhandel der Milchpreis pro Kilo in Deutschland 184 Pf., in Dänemark 398 Pf., in Frankreich 304 Pf.; im Kleinhandel sind die Preise für dieselben Länder 154 Pf. (in Berlin 220 Pf.), bzw. 642 Pf., bzw. 381 Pf. Infolge dieses Zurückbleibens des Milchpreises hinter dem Preis anderer landwirtschaftlicher Produkte — sowohl mit Bezug auf das Inland, als auf den Weltmarkt — besteht vielerorts die Meinung, die Milch in anderer Weise als durch den Verkauf von Frischmilch zu bewerten. Auch ist für den einzelnen Landwirt die Erzeugung von Schlachtvieh weit rentabler als eine starke Milchproduktion. Zur Versorgung der städtischen Bevölkerung müssen daher immer größere Mengen Milch aus dem Auslande eingeführt werden.

In Anbetracht dieser Mängel wird jetzt die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch und Butter dringend gefordert. Die Entscheidung hierüber ist in erster Linie von der Preisgestaltung abhängig, wobei der leitende Gesichtspunkt immer die hinreichende Versorgung der städtischen Bevölkerung zu einem auch für die Minderbemittelten erträglichen Preise sein muß. Die Frage der Preisgestaltung findet ihren Ausdruck in dem Verhältnis zwischen Inlandspreis und dem Preis für Importware. Dabei ist für ersteren nicht der bedeutungslose amtlich festgesetzte Preis, sondern der Schleichhandelspreis abzüglich des zurzeit nicht sehr hohen Risikozuschlages zugrundezulegen. Da sich nun gegenwärtig der Importpreis um etwa 8.50 Mark herum bewegt und mithin ungefähr ebenso hoch wie der in den Städten gezahlte Schleichhandelspreis ist, steht einer Aufhebung der Zwangswirtschaft nichts im Wege. Und hierfür sind gerade die nächsten Monate besonders geeignet, da in ihnen der Weidgang des Rindviehs beginnt und dadurch die Milchproduktion an und für sich eine Steigerung erfährt. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft ist notwendig, da uns der Verband öffentlicher Kaufleute zur Verbilligung von Auslandslebensmitteln zu empfehlen oder gar ganz zu verbieten strebt, und da dann der gänzliche Zusammenbruch unserer Milchversorgung mit seinen gar nicht auszubedenkenden Folgen unvermeidlich ist. In Deutschland betrug der

durchschnittliche Milchtrag einer Kuh vor dem Krieg jährlich 2700 Liter, gegenwärtig aber nur 1200 Liter. Als Übergangsmaßnahme von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft erscheint es angebracht, Wirtschaftsgebiete nach dem Gesichtspunkte der Verbraucher-

kopfsahl und der Produktions- und Zufuhrmöglichkeiten unter Falllassen aller politischen Grenzen zu schaffen und ferner den Abschluß von Milchlieferungsverträgen zwischen Erzeugern und Verbraucherzentren auf der Grundlage freier Preisvereinbarungen zu bewerkstelligen.

Eröffnung der Londoner Konferenz.

Ungünstiger Eindruck der deutschen Gegenanschläge. — Kühle Abweisung durch Lloyd George. — Die endgültige Antwort auf heute vertagt.

London hatte gestern vormittag zwei Sensationen. Während eine Zuschauermenge den St. James-Palast umlagerte, und der Luftfahrt der Galawagen, dem Hin und Her der buntbefragten Hofbeamten und der Soldaten in Galauniform zuseh, versammelten sich anlässlich des Empfanges vor dem Lancaster-House, dem alten Museum, ebenfalls eine zahllose Zuschauermenge. Auch Vertreter hatten sich eingefunden. Die Menge stautete sich vor den Türen in bedrohlicher Weise. Kurzbekannt und Photographen waren an der Arbeit. Um 11 Uhr traf Graf Storza mit Mitgliedern der Mission ein. Böllig ruhig gestaltete sich die Ankunft Friends und Loucheurs, denen keinerlei Kundgebungen der Menge entgegengebracht wurden. Vereinzelt tönten einige Begrüßungsrufe, als die belgische Delegation eintraf. Die anwesenden Franzosen und Engländer hielten ihrerseits mit Mißbilligungen für diese Kundgebungen nicht zurück. Um 11.20 Uhr erschien im Auto die deutsche Delegation, Minister Dr. Simons und die Staatssekretäre v. Simson, Bergmann, Schröder und der Dolmetscher und Sekretär. Unter der Menge trat eifriges Schreien ein. Dagegen ertönten stürmische Begrüßungsrufe, als Lloyd George an der Ecke des Lancaster-House seinem Auto entstieg und sich zu Fuß seinen Weg durch die Zuschauermenge bahnte. Er wurde an der Treppe von Chamberlain empfangen. Dann schloß sich die Pforte, und nur einige wenige Entente-korrespondenten, die die sofortige Ueberreichung der Gegenanschläge und eine Unterbrechung der Sitzung erwarteten, harrten noch aus.

Der amtliche deutsche Bericht.

Die deutschen Vorschläge eine gänzliche Verkennung der Lage. Gestern vormittag 12 Uhr fand im Lancaster-House die erste Vollversammlung der Konferenz statt, an der außer der deutschen die englische, französische, italienische, belgische und japanische Delegation teilnahmen. Von der deutschen Delegation waren Reichsminister Dr. Simons, Staatssekretäre Bergmann und Schröder, Ministerialdirektoren v. Simson und v. Le Sueur und Staatssekretär Dewald anwesend, ferner der Botschafter Sthamer, Lloyd George, der Präsident der Konferenz eröffnete die Sitzung, indem er vorschlug, zunächst die Reparationsfrage zu besprechen. Reichsminister Dr. Simons willigte ein und legte den Standpunkt der deutschen Regierung zu den Pariser Beschlüssen in der Reparationsfrage dar, die in der vorliegenden Form unmöglich ausführbar seien. Einzelheiten darüber enthalten die beiden Denkschriften, die er der Konferenz überreichte. Reichsminister Dr. Simons gab sodann einen Überblick über die deutschen Gegenanschläge. Lloyd George bemerkte namens der Alliierten, daß die deutschen Vorschläge nach seiner Meinung auf einer gänzlichen Verkennung der Verhältnisse der Lage beruhten. Die Alliierten würden aber unter sich beraten und heute, am Mittwoch, ihre Antwort geben. Darauf wurde die Sitzung gegen 1 Uhr geschlossen.

Die deutschen Vorschläge.

50 Milliarden, Anrechnung der Sachleistungen, internationale Anleihen, Ober-Schlesien. Die deutschen Gegenanschläge enthalten folgenden Zahlungsplan: Der jetzt wert der von alliierter Seite geforderten 42 Annuitäten beträgt bei der Deutschland angebotener Rückstellungen mit 8 Prozent jährlich etwas über 50 Milliarden Goldmark. Davon sind die bisherigen Leistungen Deutschlands in Abrechnung zu bringen, deren genauer Wert durch eine besondere gemischte Sachverständigenkommission festzustellen wäre. Der verbleibende Betrag soll baldmöglichst in Form eines internationalen Anleihen beschafft werden. Zunächst schlägt Deutschland eine Anleihe im möglichst großem Umfang, etwa bis zu 8 Milliarden Goldmark, mit möglichst niedrigem Zinssatz und nach 5 Jahren einsetzender Tilgung vor. Deutschland ist bereit, den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten zu gewährleisten. Abgesehen von dem Anleihebetrag übernimmt Deutschland für die nächsten fünf Jahre 1 Milliarde Annuitäten durch Sachleistungen zu decken. Deutschland erklärt sich bereit, durch Arbeit an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete unter Anrechnung mitzuwirken. Der nicht durch Anleihen oder anderweitig gedeckter Betrag der Reparationsschuld wird mit 5 Prozent verzinst. Die 5.1. Mai 1926 durch Annuitäten ungedeckten Zinsen werden ohne Zinseszinsen der Kapitalschuld zugeschlagen. Die Finanzierung der Restschuld bleibt vorbehalten. Der Beitritt der Alliierten an einer wirtschaftlichen Besserung Deutschlands ist durch vorstehende Vorschläge bereits Rechnung getragen. Voraussetzung für diese Vorschläge ist das Verbleiben Ober-Schlesiens bei Deutschland und Wiederherstellung wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung.

Simons erwartet Verhandlungen.

Ein Vertreter der Evening News hatte mit Dr. Simons ein Interview. Dr. Simons habe erklärt, er bringe Gegenanschläge mit. Die über diese Gegenanschläge in England herausgetragenen Veröffentlichungen entbehren aber jeder Grundlage. Ueber die Gesamtsumme müsse verhandelt werden, sie müsse befriedigend für beide Teile sein. Dr. Simons habe hinzugefügt, es sei nicht gut, daß die Alliierten

eine unmögliche Zahlung, welche die Deutschen nicht leisten könnten, forderten. Das deutsche Volk werde ohne Zwangsandrohung das zahlen, was es zahlen könne. Die deutsche Delegation habe den aufrichtigen Wunsch, daß die Reparationsfrage ein für allemal geregelt werde. Das, was wir unterzeichnen, wird die deutsche Regierung und das deutsche Volk ausführen. Das beste Mittel, um die Entschädigung festzusetzen, würde gewesen sein, daß die Brüsseler Finanzkonferenz ihre Arbeit fortgesetzt hätte.

Der amtliche französische Bericht.

Die Agence Havas meldet aus London: Die Konferenz hörte gestern morgen die Darlegungen der deutschen Delegation an, die außerdem den Text der von den deutschen Sachverständigen ausgearbeiteten Gegenanschläge vorlegte. Dr. Simons bietet die Zahlung von 50 Milliarden Goldmark zum gegenwärtigen Kurse an. Hierauf sind, wie die deutsche Delegation behauptet, bereits 20 Milliarden in Form von Rückstellungen gezahlt worden. Deutschland will den Mehrbetrag, also 30 Milliarden, in 30 Jahren zahlen unter der Bedingung, daß eine internationale Anleihe ausgegeben wird, und daß nach 5 Jahren ein Tilgungsabkommen abgeschlossen wird. Lloyd George erklärte, daß diese Vorschläge von vollständiger Verkennung der Lage zeugten, und daß, falls der Inhalt der Vorschläge im einzelnen den von Dr. Simons hierüber abgegebenen Erklärungen entspreche, die Vorschläge weder eine Prüfung noch eine Erörterung verdienen. Die Alliierten würden gestern nachmittag um 4 Uhr zusammentreten und zweifellos heute ihre Antwort der deutschen Delegation bekanntgeben. Lloyd George empfahl den Sachverständigen der Alliierten die militärischen Sachverständigen und den Marschall Foch mit einbezogen, in ihren Hotels sich bereitzuhalten, um einer Aufforderung des Vorsitzenden der Konferenz sofort Folge leisten zu können.

Die Drohung mit der Besetzung.

Der diplomatische Mitarbeiter des Evening Standard schreibt: Wenn die Deutschen sich weigern sollten, die Forderungen der Alliierten anzunehmen, so wird eine starke alliierte Truppenmacht, in der Hauptsache Franzosen, sofort ein bestimmtes Gebiet, wahrscheinlich das Ruhrgebiet, besetzen. Im Rheinlande würden sofort Maßnahmen ergriffen werden, um die Werte einzutreiben; andere Strafen würden außerdem sofort verhängt werden. Evening Standard meldet ferner: Die Londoner Citykreise würden den von deutscher Seite kommenden Vorschlägen, die Alliierten sollten Anteile an den deutschen industriellen Unternehmungen erhalten, keineswegs ablehnend gegenüber. Die allgemeine Ansicht in der City gehe dahin, daß diese Vorschläge untersucht werden sollen.

Lloyd George und Foch.

Daily Telegraph berichtet über eine Unterredung zwischen Lloyd George und Marschall Foch. Lloyd George stellte an Foch einige sehr eindringliche Fragen hinsichtlich der Sanktionen, die sich auf die verschiedenen Möglichkeiten für die Ausdehnung der Besetzung der deutschen Rheinlande bezogen. Der Ministerpräsident fragte nach der Truppenstärke, die für jeden möglichen Fall erforderlich sei, den wahrscheinlichen Kosten und der Wirkung, die man sich davon zu versprechen habe.

England und Amerika.

Der Londoner Botschafter der Vereinigten Staaten Davis, der vor kurzer Zeit nach Amerika zurückkehrte, brachte ein Schreiben von Lloyd George mit, in dem dieser die Abwesenheit des Botschafters bebaute und in dem Davis als einer der vornehmsten und thätigsten Botschafter bezeichnet wird. Ueber seine Eindrücke sprach sich der Botschafter dahin aus: Wenn seit dem Kriegende auch nicht alles, was wir gehofft haben, eingetreten ist, so hat sich doch das meiste, was wir beabsichtigten, nicht ereignet. Einige mögen es bedauern, daß wir so viele Pläne geändert haben, es mögen sogar in den geänderten Plänen einige sein, die die Welt vor den Kopf stoßen. Zu dem möglichen Bruch zwischen den Vereinigten Staaten und England sagte er, es liege nichts vor, was in der öffentlichen Meinung den Verdacht einer derartigen Möglichkeit aufkommen lassen könnte.

Asquith gegen den Friedensvertrag.

Asquith fand in Oxford viel Beifall bei seiner scharfen Beurteilung des Friedensvertrages. Es sei lächerlich zu glauben, daß man die deutsche Indufrie auf die Dauer in Fesseln legen könne. Wenn Deutschland überhaupt zahlen könne, so sei das nur durch verarbeitete Güter.